
Vorsitz: Monaco**772. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 26. November 2014

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter C. Giordan3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in der und rund um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/204/14), Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/205/14), Spanien (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 2), Kanada
- (b) *Finanzieller Beitrag zum Programm zum Aufbau von Kapazitäten für die Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition (CASM) in Serbien:* Luxemburg, Serbien
- (c) *Von Armenien durchgeführte militärische Großübung:* Vereinigte Staaten von Amerika, Armenien, Aserbaidschan

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Besuch auf einem Militärflugplatz und bei einer militärischen Einrichtung in der Türkei vom 27. bis 30. April 2015:* Türkei (Anhang 3)

- (b) *Verteilung der Fortschrittsberichte des FSK-Vorsitzes an das am 4. und 5. Dezember 2014 in Basel (Schweiz) stattfindende Einundzwanzigste Treffen des Ministerrats (FSC.DEL/201/14 Restr.): Vorsitz*
- (c) *Gemeinsames Schreiben der FSK-Vorsitze des Jahres 2014 an den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE über den Beitrag des FSK zum Helsinki+40-Prozess (FSC.DEL/202/14 Restr.): Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

wird noch angekündigt

772. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 778, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

Bezug nehmend auf die Erklärung der Delegation der Russischen Föderation in diesem Forum am vergangenen Mittwoch, 12. November, unter dem Tagesordnungspunkt zur Lage in der und rund um die Ukraine möchte die Delegation Spaniens zur Aussage Stellung nehmen, dass in der Ukraine in Spanien hergestellte fahrbare Raketenwerfer des Typs MRLS (Mehrfachraketenwerfersystem) „Teruel-3“ gefunden wurden und dass diese an die ukrainischen Streitkräfte geliefert worden seien.

Nach Rückfrage sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Ministerium für Wirtschaft und Wettbewerb (Untergeneraldirektion für internationalen Handel mit Verteidigungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck) möchte unsere Delegation das Forum darüber informieren, dass Spanien keinerlei fahrbare Raketenwerfer in die Ukraine ausgeführt noch deren Wiederausfuhr in die Ukraine genehmigt hat. Die Wiederausfuhr in ein anderes Land hätte nach Antragsstellung durch die Behörden des wiederausführenden Landes einer Genehmigung durch die spanischen Behörden bedurft; es liegt jedoch weder ein Antrag noch eine Genehmigung vor.

Außerdem wurde die Rakete „Teruel-3“, auf die sich die Delegation der Russischen Föderation in ihrer Erklärung bezog, vom spanischen Rüstungshersteller *Empresa Nacional Santa Bárbara* nicht serienmäßig produziert, da sie vom Verteidigungsministerium nicht bestellt wurde. Dies war auch bei der Rakete „Teruel-1“ der Fall. Die einzige in Serie hergestellte Version der Rakete „Teruel“ war die von 1985 bis 2011 vom spanischen Heer eingesetzte „Teruel-2“.

Das auf einem Lastwagen des Typs „Pegaso 3055“ montierte Raketenwerfersystem war für alle drei Versionen der Rakete „Teruel“ gleich. Das spanische Heer erwarb sechzehn Raketenwerfer, die heute alle nicht mehr im Einsatz sind; fünf davon wurden zerstört und elf werden weiterhin bei verschiedenen Truppenteilen des spanischen Heeres ausgestellt.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Sitzungsjournal dieser Sitzung.

772. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 778, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Im Zusammenhang mit den letzten Erklärungen der Delegation der USA in den Sitzungen des FSK und der von ihnen eingenommenen obstruktionistischen Haltung in Bezug auf den Entwurf zu einem Beschluss des Ministerrats der OSZE über Fragen, die das FSK betreffen, halten wir es für notwendig, die folgende Erklärung abzugeben:

Die Vereinigten Staaten sollten davon Abstand nehmen, anderen Staaten Völkerrechtsverletzungen vorzuwerfen. Gerade die USA führen immer wieder „Hybridkriege“, um in Staaten, deren Politik Washington nicht genehm ist, einen Regimewechsel herbeizuführen. Als Mittel hierzu dienen finanzieller und wirtschaftlicher Druck, Informationsattacken, verstärkte Druckausübung durch Dritte entlang der Grenzen des betreffenden Staates sowie informationspolitische und ideologische Beeinflussung, gestützt auf von auswärts finanzierte Nichtregierungsorganisationen. Die USA machen auch vor der Anwendung militärischer Gewalt nicht Halt, was wir alle in den letzten Jahren mehrmals miterlebt haben. Dabei halten sie sich für berechtigt – und das ist in der nationalen Sicherheitsdoktrin festgeschrieben –, wann und wo es ihnen beliebt Gewalt anzuwenden, ohne sich in jedem Fall an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu wenden.

Die Krise in der Ukraine ist die direkte Folge eines verfassungswidrigen Umsturzes, der von den USA und ihren Verbündeten, die Kiew nach wie vor zu einer gewaltsamen Lösung der Probleme in den Beziehungen zum Südosten drängen, provoziert, finanziert und unterstützt wurde.

Das von den USA angezettelte „geopolitische Spiel“ in der Ukraine richtet sich nicht nur gegen Russland und seine legitimen Sicherheitsinteressen sondern auch gegen Europa. Der derzeitige Kurs Washingtons führte direkt zum faktischen „Zerfall“ der Ukraine, die in den Strudel eines Bürgerkriegs geriet, zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der EU beziehungsweise der NATO, die beide unter dem Druck der USA stehen, und zu einer eklatanten Zuspitzung der politisch-militärischen Lage in Europa.

All das hat äußerst negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der OSZE insgesamt und auf ihre politisch-militärische Dimension im Besonderen. Das offenbart sich auch darin, dass die Arbeit am Entwurf zu einem Beschluss des Ministerrats über Fragen, die das FSK betreffen, praktisch gescheitert ist. In diesem Zusammenhang ist die Frage an unsere

amerikanischen Kollegen angebracht, wie sie sich angesichts der von ihnen entfachten antirussischen Hysterie die weitere Arbeit des Forums vorstellen (auch hinsichtlich ihrer eigenen Vorschläge).

Oft ist auch die Rede von der „Exklusivität“ der USA und von ihrer Verpflichtung, die ganze restliche Welt anzuführen. In der Welt von heute sollte man aber lebensnah agieren und sich nicht auf die eingebilddete eigene Größe berufen, und man sollte erkennen, dass globale Ambitionen nicht immer den realen Möglichkeiten entsprechen. Seinen Führungsanspruch kann man nicht dadurch geltend machen, dass man sich Exklusivität und eine gottgegebene Verantwortung für alle anderen anmaßt, sondern nur dadurch, dass man sich für einen Konsens einsetzt.

Das Gerede vom „hohen Preis“, den wir zahlen werden müssen, und von der Isolierung Russlands verdient keine ernsthafte Auseinandersetzung. Die Politik der Sanktionen und der Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation (unter anderem im militärischen Bereich) wird letzten Endes jenen schaden, die sie in Gang gebracht haben. Sie ist unvereinbar mit dem Streben nach Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet und nach bedeutsamen Vereinbarungen im politisch-militärischen Bereich, und unsere Partner werden sich entscheiden müssen, was ihnen wichtiger ist.

Schon lange vor der Ukraine-Krise hatte man das Gefühl, in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen stünde so etwas wie ein Moment der Wahrheit bevor. Das „Positive“ der derzeitigen Situation liegt darin, dass die Dinge an ihren Platz gerückt wurden und das Kalkül hinter den Handlungen des Westens und all den Erklärungen über die Bereitschaft zum Aufbau eines einheitlichen euroatlantischen Raumes und einer Sicherheitsgemeinschaft zum Vorschein kam. Heute besteht unsere Aufgabe nicht nur darin, mit der Vergangenheit ins Reine zu kommen (obwohl das auch notwendig ist), sondern sich auch über die Zukunft im Klaren zu werden.

Wir bekommen nicht selten zu hören, dass eine Rückkehr zum „Tagesgeschäft“ nicht mehr möglich ist. Es ist aber so, dass wir ein solches Tagesgeschäft, bei dem gegenüber Russland immer wieder neue Forderungen erhoben werden, gar nicht brauchen. Gleichzeitig möchte man aber hoffen, dass in den europäischen Angelegenheiten der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt, noch nicht überschritten ist, dass wir die derzeitige Phase überwinden, unsere Partner die Lehren daraus ziehen und unsere Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden, in der wir uns tatsächlich auf Augenhöhe begegnen. Die russische Seite ist zur gemeinsamen Arbeit auf eben dieser Grundlage bereit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Forumssitzung beizufügen.

772. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 778, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

nach Kapitel IV des Wiener Dokuments hatte die Türkei ursprünglich bekanntgegeben, vom 5. bis 8. Mai 2015 einen Besuch auf einem Militärflugplatz und bei einer militärischen Einrichtung zu veranstalten.

Da ein anderer Teilnehmerstaat zu demselben Termin eine ähnliche Veranstaltung abhält, wird der Besuch auf dem Militärflugplatz und bei der militärischen Einrichtung in der Türkei nun für 27. bis 30. April 2015 angesetzt. Diese Änderung wird auch über das OSZE-Kommunikationsnetz übermittelt werden.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

Danke.